

Contergan-Skandal: Opfer sollen EU-weit vergleichbare Entschädigung erhalten

Plenartagung [15-12-2016 - 13:14]

Mehr als 50 Jahre nach dem Contergan-Skandal kämpfen die Opfer in mehreren EU-Ländern noch immer nach einer Lösung, um die Kosten, die ihnen aufgrund ihrer gesundheitlichen und körperlichen Verfassung entstehen, zu decken. In einer am Donnerstag angenommenen Entschließung ruft das Parlament die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sicherzustellen, dass alle betroffenen EU-Bürger eine vergleichbare Entschädigung erhalten.

Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Maßnahmen zu koordinieren, mit denen die förmliche Anerkennung und die Entschädigung von Thalidomidgeschädigten geregelt werden. Die entsprechende Resolution wurde per Handzeichen angenommen.

Da Deutschland eine besondere Verantwortung zukomme, so die Abgeordneten, sollte die Bundesregierung den Opfern ermöglichen, Leistungen der deutschen Conterganstiftung für behinderte Menschen in Anspruch zu nehmen.

Weiterhin fordert das Parlament, dass Thalidomidgeschädigte aus dem Vereinigten Königreich, Spanien, Italien, Schweden oder anderen Mitgliedstaaten diese Leistungen als Gruppe in Anspruch nehmen können, wenn sie in ihren eigenen Ländern in gutem Glauben als thalidomidgeschädigte Menschen anerkannt wurden;

Die EU-Kommission soll in einem Rahmenprotokoll auf EU-Ebene festlegen, dass alle thalidomidgeschädigten europäischen Bürger Entschädigungen in gleicher Höhe erhalten, und ein EU-Hilfsprogramm für die Opfer des Wirkstoffs Thalidomid und ihre Familien einrichten, so der Text der Entschließung.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass unabhängig überprüfte Forschungsarbeiten eindeutig darauf schließen lassen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 in das Strafverfahren gegen die Chemie Grünenthal GmbH, den deutschen Hersteller von Contergan, eingriff und in der Folge die Schuld des Herstellers nicht ordnungsgemäß festgestellt werden konnte. Zudem seien darüber hinaus Schritte unternommen worden, um dafür zu sorgen, dass gegen das Unternehmen kein Zivilverfahren angestrengt wird.

Hintergrundinformationen

Das Arzneimittel Contergan wurde von der Chemie Grünenthal GmbH in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts als sicheres Medikament zur Behandlung von Morgenübelkeit, Kopfschmerzen, Husten, Schlaflosigkeit und Erkältung vermarktet. Die Einnahme des Medikaments durch schwangere Frauen führte zum Tod oder zur Missbildung tausender Säuglinge in vielen europäischen Ländern.

Dokumente aus der Zeit des Contergan-Skandals, die unabhängig überprüft wurden, zeigen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA, Frankreich, Portugal und der Türkei erhebliche Mängel bei der Arzneimittelkontrolle gab.

Pressemitteilung

Die Fakten

- Der Arzneistoff Thalidomid (Markenname: Contergan) wurde während der 1950er und 1960er Jahre zur Behandlung morgendlicher Übelkeit bei schwangeren Frauen vermarktet.
- Später erwies sich, dass der Stoff schwere Geburtsschäden verursachte. Die Tragödie betraf eine Reihe von Mitgliedstaaten. Die Opfer suchen noch immer nach einer Lösung, um die Kosten, die ihnen aufgrund ihrer gesundheitlichen und körperlichen Verfassung entstehen, zu decken.

Weitere Informationen

- Der angenommene Text wird hier verfügbar sein (unter folgendem Datum: 15.12.2016): <http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>
- Video der Debatte (unter folgendem Datum: 14.12.2016): <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-date>
- EbS+ (15.12.2016) : <http://ec.europa.eu/avservices/ebs/schedule.cfm?sitelang=en&page=3&institution=0&date=15/12/2016>
- Audiovisuelles Material für Medienschaffende: <http://audiovisual.europarl.europa.eu/default.aspx>

Kontakt

Baptiste CHATAIN

Press Officer

Telefon: (+32) 2 28 40992 (BXL)

Telefon: (+33) 3 881 74151 (STR)

Mobiltelefon: (+32) 498 98 13 37

E-Mail: envi-press@europarl.europa.eu

Twitter: EP_Environment

Armin WISDORFF

Press Officer

Telefon: (+32) 2 28 40924 (BXL)

Telefon: (+33) 3 881 73780 (STR)

Mobiltelefon: +32 498 98 13 45

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

Telefon: (+32) 2 28 31141 (BXL)

Telefon: (+33) 3 881 73603 (STR)

Mobiltelefon: (+32) 498 98 33 32

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Telefon: (+49) 30 2280 1080

Telefon: (+33) 3 881 64025 (STR)

Mobiltelefon: (+49) 151 172 57 196

E-Mail: judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

Telefon: (+43) 1 516 17 201

Telefon: (+33) 3 881 74646 (STR)

Mobiltelefon: (+43) 676 550 3126

E-Mail: huberta.heinzel@ep.europa.eu